

Antrag Nr. 3

KPÖ-Landesvorstand Steiermark

Mittwoch, 25. Februar 2004

Antrag an die KPÖ-Parteikonferenz am 13. März 2004

Die KPÖ beteiligt sich nicht an der EU-Parlamentswahl am 13. Juni 2004.

Diese Entscheidung hat prinzipielle und praktische Gründe.

1.: In Österreich nimmt die Ablehnung der EU als eines imperialistischen Projekts, das gegen die Interessen der arbeitenden Menschen gerichtet ist, noch nicht die Form von aktiven Protesten an. Gleichzeitig steigt die Ablehnung der Institutionen der EU. Bei Umfragen nach dem Ansehen von verschiedenen Einrichtungen belegen die EU-Kommission und das EU-Parlament regelmäßig die letzten Plätze. 45 Prozent der ÖsterreicherInnen stellen fest, dass die Nachteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen. Nur 27 Prozent der Befragten halten die EU-Parlamentswahlen für sehr sinnvoll, 25 Prozent wollen sich laut jüngstem EU-Barometer daran beteiligen.

Die jüngsten Enthüllungen über die Privilegien der EU-Abgeordneten tragen ebenfalls nicht dazu bei, die Wahlbeteiligung kritischer ÖsterreicherInnen am 13. Juni 2004 zu heben. Wir stehen mit einer Nichtbeteiligung an dieser Wahl in Österreich nicht allein.

Vorrang hat für uns die Teilnahme an außerparlamentarischen Aktionen. Ein Europa, wie es den Interessen und Wünschen der Völker entspricht, wird nicht allein und nicht in erster Linie durch den Stimmzettel, schon gar nicht durch die Stimmabgabe bei der EU-Wahl zu erreichen sein. Es kann nur im Rahmen eines längerfristig angelegten politischen Kampfes zustande kommen, durch das Stärkerwerden großer außerparlamentarischer Bewegungen, durch das Anwachsen von Volksbewegungen, die zu veränderten politischen Kräfteverhältnissen in Europa führen.

2.: Die KPÖ ist in einer äußerst schwierigen finanziellen Situation. Wir sind gezwungen, Schwerpunkte zu setzen. Deshalb schlagen wir vor, die für den EU-Wahlkampf vorgesehenen Mittel zur Vorbereitung auf die Gemeinderatswahlen 2005 in Niederösterreich und in der Steiermark umzuschichten. Die Gemeinderatswahl in Graz hat gezeigt, dass ein lokaler Erfolg bundesweite Auswirkungen haben kann, die weit über den Effekt eines möglichen prozentualen Achtungserfolgs bei der EU-Wahl hinausgehen.

3.: Auch die Umstellung der Parteiarbeit auf ehrenamtliche Tätigkeit bringt große Probleme mit sich, die sich beim EU-Wahlkampf erstmals in voller Schärfe zeigen würden. Das ist ein weiterer Grund, um beim Antreten bei einer allgemeinen Wahl diesmal auszusetzen.

Franz Stephan Parteder

Im Auftrag des Landesvorstandes und des Landessekretariates der KPÖ-Steiermark